

Europa ist in eine Spirale des Militarismus geraten

3 Mai 2026 09:25 Uhr

Heute ist Europa der Hauptgegner Russlands. Deutschland, Frankreich, das Baltikum und Skandinavien wetteifern darum, wer am besten auf eine direkte militärische Konfrontation mit Moskau vorbereitet ist, indem sie ihre Militärhaushalte aufstocken und beispiellose Rüstungsprojekte starten.



Symbolbild (KI-generiert)

Von Oleg Issaitschenko

Heute ist Europa der Hauptgegner Russlands. Deutschland, Frankreich, das Baltikum und Skandinavien wetteifern darum, wer am besten auf eine direkte militärische Konfrontation mit Moskau vorbereitet ist, indem sie ihre Militärhaushalte aufstocken und beispiellose Rüstungsprojekte starten. Dabei galt die EU noch Anfang der 2000er Jahre fast als Symbol für Friedensliebe. Wie verwandelt sich ein Wirtschaftsblock nach und nach in einen Militärblock?

Das vereinte Europa, dessen Konturen sich nach dem Zweiten Weltkrieg abzuzeichnen begannen, genoss lange Zeit den Ruf eines "Hüters des Weltfriedens". Lokale Politiker verurteilten beispielsweise wiederholt die US-amerikanische Aggression im Nahen Osten. Und auch in der Innenpolitik verzichtete ein Großteil der Alten Welt auf den Ausbau des militärischen Potenzials zugunsten der Verbesserung des Wohlstands der Bürger und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Doch im Zuge der Osterweiterung der NATO und der Gegenmaßnahmen Russlands in den Jahren 2008 und 2014 änderten die europäischen Eliten allmählich ihre Sichtweisen auf Diplomatie, internationale Beziehungen und Ansätze zur militärischen Sicherheit. Der Dialog zwischen Moskau und Brüssel wurde

komplexer und in gewisser Weise auch gefährlicher, doch beide Seiten hielten weiterhin an einem konstruktiven Ansatz fest.

So erklärte beispielsweise der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy bereits im Jahr 2015 (also nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland) öffentlich: "Sie kennen meine tiefe Überzeugung: Die Welt braucht Russland, Russland und Europa sind dazu bestimmt, zusammenzuarbeiten."

Ähnliche Ansichten vertrat auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel: Bereits nach dem Ausschluss Moskaus aus der G7 betonte sie, dass Berlin mit Russland zusammenarbeiten wolle und werde.

Noch unmittelbar nach Beginn der militärischen Sonderoperation hielten die EU-Spitzenpolitiker mehr oder weniger an einer "versöhnlichen" Rhetorik fest und drängten auf eine rasche Beendigung der Kampfhandlungen, doch im weiteren Verlauf änderte sich die Lage. Bereits im Frühjahr 2022 wurde der "Strategische Kompass" der EU verabschiedet – ein Dokument, das den neuen Kurs des Staatenverbundes im Sicherheitsbereich "zementierte".

In der Resolution wurde die Notwendigkeit betont, die "Schnelleinsatz"-Kapazitäten der Truppen des Bündnisses auszubauen sowie die Ausgaben für Cybersicherheit und Weltraumaufklärung zu erhöhen. Das Dokument war jedoch nach wie vor im Verteidigungskontext verfasst – ohne, dass ein bestimmtes Land als Aggressor genannt wurde.

Parallel dazu fanden in Istanbul Verhandlungsrunden zwischen Russland und der Ukraine statt, die, wie der russische Präsident Wladimir Putin später berichtete, durchaus mit einem Frieden zu für Kiew akzeptablen Bedingungen hätten enden können. Doch ein "schwarzer Schwan" – der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson – vereitelte diesen glücklichen Ausgang. Wie David Arachamija, der Fraktionsvorsitzende der ukrainischen Regierungspartei "Diener des Volkes", sich erinnerte, kam der britische Politiker nach Kiew und erklärte, dass er nichts mit den Russen unterschreiben wolle, und rief dazu auf, "einfach Krieg zu führen".

Und im April schusterten ukrainische und westliche Medien dann gemeinsam ein "Kriegsverbrechen Russlands" in Butscha zusammen. Dieser Informationsangriff wurde zum Auslöser, der den europäischen Politikern den Vorwand für eine Militarisierung lieferte. Das Ziel: Russland auf dem Schlachtfeld eine strategische Niederlage zuzufügen, entweder durch die Ukraine selbst oder mit Hilfe von Truppen auf ukrainischem Territorium.

So wuchs Europas Kriegsmaschinerie

Wie geriet Europa in diese Spirale der Aggression? Im Jahr 2022 beliefen sich die gesamten Verteidigungsausgaben der EU-Länder auf 262 Milliarden Euro. Nur fünf Länder des Staatenbundes überschritten die Schwelle von 2 % des BIP, und Forderungen nach einer Erhöhung der Beiträge stießen auf Widerstand. Der neue Kurs gefiel zwar nicht allen in der EU, aber vielen. Finnland und Schweden, deren Außenpolitik seit jeher auf Neutralität beruhte, beschlossen, der NATO beizutreten, und wurden so zu wichtigen Teilen der westlichen Kriegsmaschinerie.

Deutschland, dessen Bekenntnis zu Frieden und Diplomatie zum Sprichwort geworden war (gerade darin sah Berlin einen Weg zur Sühne für die Sünden des Dritten Reiches), verkündete durch den ehemaligen Bundeskanzler Olaf Scholz einen "Epochenwechsel", der die Bundesrepublik dazu brachte, sich ihres

eigenen militärischen Potenzials zu erinnern. Im Jahr 2023 veröffentlichte die Bundesrepublik Deutschland die erste nationale Sicherheitsstrategie ihrer Geschichte, in der Russland offen als größte Bedrohung für Europa bezeichnet wurde (später übernahmen auch andere europäische Partner diese Formulierung). Das Dokument sah zudem eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP vor, wofür ein Sonderfonds in Höhe von 107 Milliarden Euro eingerichtet wurde. Die Entschlossenheit Berlins überraschte sogar westliche Analysten.

Foreign Affairs schrieb, dass Deutschland danach strebe, "der größte EU-Staat hinsichtlich der Investitionen in die Sicherheit" zu werden. Der deutsche Elan übertrug sich auf andere Mitglieder des Blocks. Im Jahr 2024 unterzeichneten Berlin, Amsterdam und Warschau eine Erklärung zur Schaffung eines Korridors für den Truppen- und Gerätetransport, den die russische Presse als "militärisches Schengen" bezeichnete. Das Projekt wurde seit 2018 diskutiert, doch die praktische Umsetzung stieß regelmäßig auf Probleme. Die militärische Integration wurde durch die Einstufung Russlands als "Feind der freien Welt" begünstigt.

Kurz zuvor war zudem die Integration der niederländischen Landstreitkräfte in die Bundeswehr bekannt gegeben worden. Der Nachrichtenagentur *Bloomberg* zufolge hatte Deutschland seine Bereitschaft signalisiert, die Kosten für Beschaffungen für die künftigen gemeinsamen Streitkräfte zu übernehmen. So erhielt Europa einen Korridor für den ungehinderten Truppenverkehr bis an die Grenzen des Gebietes Kaliningrad, Weißrusslands und der Ukraine.

Die NATO im Norden und die Rekorde der baltischen Staaten

Der Beitritt von Finnland und Schweden zur NATO hat Früchte getragen. Die Zugehörigkeit zu einem einheitlichen Rechtsraum ermöglichte es den nordischen Ländern, eine "baltisch-skandinavische Schlagkraft" zu bilden, die bereit ist, eine Offensive in den an Russland angrenzenden Gebieten zu führen. Es ist kein Zufall, dass im "Ranking der Russland gegenüber unfreundlich eingestellten Staaten" der Zeitung *Wsgljad* gerade die Länder dieser Region die größte Aggressivität gegenüber Moskau an den Tag legen.

Die Militärausgaben dieser Länder stiegen rasant an. Im Jahr 2025 gaben Litauen und Lettland mehr als 3,5 % ihres BIP für Verteidigung aus, Estland knapp über 3 %. Norwegen und Dänemark weisen ähnliche Werte auf. Sie haben nicht vor, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Im Jahr 2026 plant Lettland, die Ausgaben auf fast 5 % des BIP (zwei Milliarden Euro) zu erhöhen, während Litauen einen Rekord von etwa 5,5 % aufstellen will. Die skandinavischen Länder halten das gleiche Tempo: Dänemark und Norwegen wollen ihre Ausgaben auf 3,5 %, Schweden auf 2,8 % und Finnland auf 2,5 % erhöhen.

Darüber hinaus verfügen die nordeuropäischen Staaten über ein weit verzweigtes Netzwerk militärischer Kooperationsformate:

Die Kommunikation und Integration der Streitkräfte der Länder erfolgt über die Nordic-Baltic Eight (NB8) und die Nordische Verteidigungszusammenarbeit (NORDEFKO). Außerdem stellte die faktische Genehmigung der baltischen Staaten, ihr Hoheitsgebiet für Überflüge ukrainischer Drohnen in Richtung Russland zu nutzen, einen beispiellosen Eskalationsschritt dar.

Die gesamten Verteidigungsausgaben der EU stiegen massiv an: im Jahr 2022 auf 262 Milliarden Euro, 2023 auf 288 Milliarden Euro und 2024 auf 343 Milliarden Euro. Der Höhepunkt wurde im Jahr 2025 mit 381 Milliarden Euro erreicht. Die Investitionen in den Rüstungssektor der Alten Welt sind seit 2020 um 63 % gestiegen. Das Investitionsvolumen in die Rüstungsindustrie stieg im gleichen Zeitraum um 150 %

– von 64 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 130 Milliarden Euro. Absoluter Spitzenreiter ist Deutschland (26 % der Gesamtausgaben der EU, wobei hier auch die Militarisierung des zivilen Sektors zu berücksichtigen ist), gefolgt von Frankreich (17 %), Italien und Polen.

Dabei geht Europa sogar bis zu extremen Schritten in der Militarisierung. Die Regierung von Emmanuel Macron beispielsweise beschäftigt sich derzeit mit dem Problem der Ausweitung des eigenen Nuklearpotenzials. Zudem beabsichtigen Paris und Warschau, groß angelegte Militärübungen unter Einsatz dieser Waffen durchzuführen. Ziel dieser Maßnahmen ist die Einübung von Angriffen auf Ziele in der Russischen Föderation und in Weißrussland.

Rhetorik im Einklang mit den Ausgaben

"Wir befinden uns bereits in einem Konflikt mit Russland", erklärte der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz im Sommer 2025. Dennoch übertraf ihn der Chef des französischen Generalstabs, General Fabien Mandon, der anmerkte, dass sich die Bürger der Fünften Republik an den Gedanken gewöhnen müssten, dass "sie ihre Kinder verlieren müssen" (gemeint ist – im Krieg gegen Russland). Der britische Premierminister Keir Starmer bezeichnete Moskau als "Bedrohung einer Generation" und deutete damit an, dass London sich in die militärische Spirale auf dem Kontinent einreihen müsse.

Das Traurigste daran ist jedoch, dass die Militarisierung der EU die Ukraine dazu drängt, den Konflikt mit Russland fortzusetzen. Mitte April hat die Europäische Union die Gewährung eines Kredits in Höhe von 90 Milliarden Euro an Kiew beschlossen. Ob dieses Geld in voller Höhe bei den ukrainischen Streitkräften ankommt, ist eine große Frage. Dennoch verliert Brüssel die Hoffnung auf eine erfolgreiche Aufrüstung nicht und spart nicht an aufmunternden Tiraden in Richtung des Büros von Wladimir Selenskij. Die militärische Spirale Europas dreht sich weiter, woraufhin man in Moskau nun ernsthaft davon ausgeht, dass die EU für Russland zu einem Block werden könnte, der gefährlicher ist als die NATO.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 1. Mai 2026 zuerst auf der Website der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Oleg Issaitschenko ist ein Analyst bei der Zeitung "Wsgljad".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.